

Empfehlung 757¹

betr.

die neuen Herausforderungen für die transatlantische Sicherheitszusammenarbeit

Die Versammlung,

- (i) In Anerkennung dessen, dass die Vereinigten Staaten und Europa vitale Interessen gemeinsam haben wie die Wahrung demokratischer Werte und die Bekämpfung von Bedrohungen für Sicherheit und Wohlstand;
- (ii) in Anbetracht dessen, dass die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten und die Europäische Sicherheitsstrategie beide eine ziemlich ähnliche Analyse der Sicherheitsbedrohungen für ihre jeweiligen Kontinente haben, dass die Vereinigten Staaten und die Europäische Union jedoch häufig im Gegensatz zueinander stehen im Hinblick auf die Methoden und Wege zur Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen;
- (iii) mit dem Ausdruck tiefer Sorge angesichts der Gefahr von Terroranschlägen, wie sie auf amerikanischen und auf europäischem Boden bei den entsetzlichen Ereignissen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten und vom 11. März 2004 in Madrid stattgefunden haben;
- (iv) bestätigend, dass die Solidarität zwischen Europäern und Amerikanern bei der Bekämpfung des Terrorismus unteilbar ist;
- (v) ebenfalls bestätigend, dass es von entscheidender Bedeutung ist, den Kampf gegen den Terrorismus auf eine Art und Weise durchzuführen, die die Grundrechte und –freiheiten sowie das Recht auf einen fairen Prozess respektiert, und daher ihrer Besorgnis über die Gefangenen in der Bucht von Guantánamo Ausdruck verleihend;
- (vi) im Bewusstsein der Bedeutung einer besseren Konsultation zwischen beiden Seiten des Atlantiks, insbesondere im Rahmen der NATO, und unter Betonung, dass ein Dialog nur dann sinnvoll geführt werden kann, wenn er im Geiste von Offenheit und gegenseitigem Verständnis erfolgt;
- (vii) in Anbetracht des gemeinsamen Interesses, das die Vereinigten Staaten und Europa im Hinblick auf die Förderung des Nutzens politischer Systeme haben, die transparent sind und die Menschenrechte wahren, sowie von gesunden, florierenden Wirtschaften;
- (viii) im Hinblick auf den Wandel innerhalb der NATO und insbesondere der Anstrengungen zur Anpassung ihrer militärischen Fähigkeiten an die neuen Sicherheitsherausforderungen und die Ausweitung der geographischen Grenzen der NATO-Aktionen;

¹ Von der Versammlung am 1. Dezember 2004 (10. Sitzung) auf der Grundlage des geänderten Texts verabschiedet.

- (ix) es für unerlässlich für die transatlantischen Bündnispartner erachtend, weiterhin in der Lage zu sein, nebeneinander zu operieren, und gleichzeitig in Anerkennung dessen, dass Hochtechnologiewaffen und –rüstung kein universales Mittel gegen alle Bedrohungen sind;
- (x) mit Bedauern darüber, dass einige US-Behörden der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik äußerst kritisch gegenüberstehen und dass selbst zahlreiche Politikanalysten fälschliche Ansichten darüber haben, wie die Europäer zu Fragen eingestellt sind und umgekehrt;
- (xi) unter Betonung der Bedeutung, dass alle Mitglieder der Vereinten Nationen alle ihre Resolutionen einhalten, und in diesem Zusammenhang die einseitige Anerkennung durch die Vereinigten Staaten der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien als „Republik Mazedonien“ beklagend, da dies gegen den Geist der Resolutionen 817 (1993) und 845 (1993) verstößt;
- (xii) unter Hinweis auf die Entschlossenheit des Europäischen Rates, dass die Europäische Union über die Fähigkeit zu autonomen Aktionen verfügen muss, die von glaubwürdigen Militärstreitkräften zur Beantwortung internationaler Krisen unterstützt wird;
- (xiii) unter Betonung, dass die EU-Länder durch die Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, damit Europa einen stärkeren Einfluss auf die Weltangelegenheiten erhält, zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses und zur Festigung der Autorität der Vereinten Nationen beitragen können;
- (xiv) unter Hinweis auf die dominierende und konstruktive Rolle, die die Vereinigten Staaten und die europäischen Bündnispartner insbesondere durch die NATO in Afghanistan spielen und die Wahl von Präsident Karzai begrüßend, jedoch nichtsdestotrotz besorgt über den beunruhigenden Machtaufstieg der Warlords und die weitere Ausdehnung der Opiumproduktion;
- (xv) angesichts der Tatsache, dass die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit für den Wiederaufbau der Wirtschaft des Irak und die Verbesserung der Sicherheitsbedingungen in dem Land notwendig ist, insbesondere durch die Stärkung der irakischen Armee mit Hilfe der Militärausbildungsmission der NATO ;
- (xvi) in Anbetracht dessen, dass jede gangbare Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt alle Parameter des Fahrplans einschließen muss und ebenfalls besorgt über den Weg, der durch den derzeit im Bau befindlichen Sicherheitszaun eingeschlagen wurde, jedoch mit Genugtuung über die Verabschiedung des Plans durch die Knesset zum Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen;
- (xvii) es für wesentlich erachtend, dass sich die transatlantischen Bündnispartner nach dem Tod von Präsident Arafat eng koordinieren bei der Unterstützung der Durchführung der für den 9. Januar geplanten Wahlen und bei der Förderung einer Erneuerung des Friedensprozesses in der Region;
- (xviii) im Hinblick darauf, dass der Iran die Geheimhaltung eines ehrgeizigen Atomprogramms zugegeben und die Herstellung von angereichertem Uran eingeleitet hat, ohne die Internationale Atomenergie-Organisation darüber zu informieren, und

unter Berücksichtigung der jüngsten Forderungen an den Iran von Seiten des IAEO-Regierungsrates im Zusammenhang mit dem Atomprogramm des Landes;

- (xix) in der inständigen Hoffnung, dass Amerikaner und Europäer ihre politischen Ämter zusammenlegen werden, um eine Einhaltung und Stärkung der bestehenden Verträge zur Verhinderung der Verbreitung von nuklearen, chemischen oder biologischen Massenvernichtungswaffen zu gewährleisten;
- (xx) unter Betonung, dass die transatlantische Zusammenarbeit umso mehr gerechtfertigt ist, da die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch die Gefahr weiter vergrößert wird, dass terroristische Gruppen versuchen könnten, solche Waffen selbst herzustellen oder sie sich illegal für ihre eigenen Zwecke zu beschaffen;

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE REGIERUNGEN DER WEU-MITGLIEDSTAATEN AUFZUFORDERN,

1. sich nach den vor kurzem stattgefundenen Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten zu verpflichten, eng mit Präsident Bush und der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, auch in multilateralen Institutionen, um die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und eine gerechte, demokratische und sichere Welt zu schaffen;
2. den Dialog innerhalb der NATO zu vertiefen, die das wichtigste Forum für die transatlantische Konsultation bleibt;
3. sicherzustellen, dass die Anstrengungen, die EU und NATO zur Sicherung der neuen militärischen Fähigkeiten unternehmen, die beide zur Bewältigung der neuen Sicherheitsherausforderungen wirklich benötigen, sich gegenseitig ergänzen, und sich zu bemühen, Mängel auszugleichen und Duplizierungen in diesem Bereich zu beseitigen;
4. sich zu verpflichten, den US-Behörden den gegenseitigen Nutzen deutlicher zu erklären, der sich aus der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergibt und daraus, dass diese Politik die Politik der NATO ergänzt;
5. die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa im Hinblick auf die Nachrichtendienste zu verstärken;
6. ernsthafte und engagierte Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die amerikanische Öffentlichkeit besser über die wichtigen Entwicklungen in Europa informiert wird, und umgekehrt;
7. im Rahmen der ISAF die notwendigen Friedenstruppen und Provinziellen Wiederaufbauteams einzusetzen, die vor Ort in Afghanistan erforderlich sind, und den Afghanen zusätzliche finanzielle Mittel für den Wiederaufbau bereitzustellen;
8. ein ungeteiltes Engagement zu leisten zur Einsetzung einer starken NATO-Mission zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte sowie gemeinsam im Rahmen von EU und UNO zu handeln, um sowohl zur politischen Stabilität im Irak als auch zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft beizutragen;

9. die Parteien im israelisch-palästinensischen Konflikt nachdrücklich dazu aufzufordern, alle im Fahrplan enthaltenen Maßnahmen anzuwenden mit dem Ziel, zu einer permanenten Lösung für den Konflikt zu gelangen auf der Grundlage von zwei Staaten, Israel und einem souveränen Palästina, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben;
10. mit sofortiger Wirkung eine ganz gezielte Strategie auszuarbeiten, um der Palästinenserbehörde bei der Überwachung und bei politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie bei der Unterstützung des Wahlprozesses zu helfen;
11. Druck auf den Iran auszuüben, um den an ihn gerichteten Forderungen der Internationalen Atomenergie-Organisation nachzukommen und das Zusatzprotokoll der IAEO zu ratifizieren, das ein strengeres Inspektionssystem für Atomstandorte vorsieht;
12. die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, die Einrichtung einer ständigen, unabhängigen internationalen Agentur zur Überprüfung der Abrüstung zu unterstützen, die in der Lage sein sollte, dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen rasche Unterstützung zu leisten und die amerikanischen Behörden nachdrücklich dazu aufzufordern, den Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen zu unterzeichnen;
13. eine Einigung mit den Vereinigten Staaten darüber zu erzielen, die Priorität auf die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus zu legen, insbesondere, indem man auf eine größere politische Offenheit und wirtschaftliche Entwicklung in der islamischen Welt hinarbeitet.